



---

# NRW-Einnahmenaufteilung

Vertrag zur Regelung der Aufteilung der  
NRW-Tarif-Einnahmen

Version 1.3

# Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	3
Vertrag zur Regelung der Aufteilung der NRW-Tarif-Einnahmen.....	5
§ 1 – Gegenstand und Grundsätze.....	5
§ 2 – Vertragspartner .....	5
§ 3 – Vertriebspartner .....	7
§ 4 – Abrechnungspartner .....	9
§ 5 – Clearing-Stelle .....	10
§ 6 – Landesarbeitsgruppe Einnahmen und Abrechnung (LAG E/A).....	11
§ 7 – Datenbasis, technische Voraussetzungen.....	14
§ 8 – Umsatzsteuer .....	14
§ 9 – Einnahmen- und Verkaufsmeldung, Vertriebsdatenmeldung, Erlösmeldung.....	14
§ 10 – Abrechnung.....	16
§ 11 – Abwicklung des Zahlungsverkehrs .....	18
§ 12 – Zahlungsverzug .....	18
§ 13 – Vertragsstrafen .....	19
§ 14 – Schiedskommission .....	20
§ 15 – Grundsätze der Regelfortschreibung der Richtlinie(n) .....	20
§ 16 – Fortschreibung, Entscheidung über Einnahmenaufteilung, Abstimmungsverfahren .....	21
§ 17 – Vertraulichkeit .....	22
§ 18 – Laufzeit, Kündigung, Widerruf und Anpassung .....	23
§ 19 – Fortgeltung der SPNV-EAV und der ÖSPV-EAV .....	24
§ 20 – Konzernübertragungsklausel/ Rechtsnachfolgeklausel.....	24
§ 21 – Finanzierung .....	24
§ 22 – Wirksamkeitsklausel .....	25
§ 23 – Schlussbestimmungen.....	25
Anlagenverzeichnis .....	26

## Präambel

Zur Anwendung des NRW-Tarifs haben das Land NRW, die DB Regio NRW GmbH, die Zweckverbände sowie die Verkehrsverbünde und -gemeinschaften in NRW den „Kooperationsvertrag über den NRW-Tarif“ vom 27.02.2005 (kurz: Kooperationsvertrag) geschlossen. Dieser sieht vor, Vereinbarungen über die Aufteilung der NRW-Tarif-Einnahmen zu treffen. Zu diesem Zweck wurden die Regelung der Einnahmenaufteilung im SPNV (SPNV-EAV) Version 2.1 vom 17.11.2009 nebst den dazugehörigen Anlagen sowie die Regelung der Einnahmenaufteilung im NRW-Tarif (ÖSPV-EAV) Version 1.1 vom 02.03.2006 vereinbart.

Zum 13.12.2015 wurde im NRW-Tarif ein neues Relationspreissystem eingeführt. Die Veränderungen in der Systematik der Tarifbildung bedingen Anpassungen der Regularien zur Einnahmenaufteilung.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Tariflandschaft in Nordrhein-Westfalen sollen landesweit eTarife angeboten werden. Dies umfasst sowohl eTarife in den einzelnen Tarifräumen Aachener Verkehrsverbund (AVV), Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR), Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) und WestfalenTarif (WT) als auch einen tarifraumübergreifenden eTarif, dem „NRW-eTarif“. Der NRW-eTarif soll Teil des bestehenden NRW-Tarifs werden und zu diesem Zweck in den „Kooperationsvertrag über den NRW-Tarif“ einbezogen werden. In Umsetzung dieser Anpassungen insbesondere des § 7 des Ergänzungsvertrages zum Kooperationsvertrag wollen die Vertragspartner den NRW-eTarif in den bestehenden „Vertrag zur Regelung der Aufteilung der NRW-Tarif-Einnahmen“ integrieren und hierfür ergänzende spezifische Regelungen schaffen.

Mit der Aufnahme des NRW-eTarifs in den NRW-Tarif zum 01.12.2021 in den „Kooperationsvertrag über den NRW-Tarif“ werden weitere Regelungen als Ergänzungen zur bestehenden Einnahmenaufteilungsvereinbarung notwendig.

Vor diesem Hintergrund vereinbaren

- als Aufgabenträger des SPNV:
  - (1) die Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR,
  - (2) der Zweckverband Nahverkehr Rheinland,
  - (3) der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe,
- die Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR sowie die folgenden Verbund-GmbH und Verkehrs- und Tarifgemeinschaften als Vertreter der Verkehrsunternehmen und der erlösverantwortlichen Aufgabenträger des ÖSPV (ÖSPV-Organisationen):
  - (4) die Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR – Vertretung ÖSPV,
  - (5) die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH,
  - (6) die Aachener Verkehrsverbund GmbH,
  - (7) die Tarifgemeinschaft Münsterland Ruhr-Lippe GmbH,
  - (8) die OWL Verkehr GmbH,
  - (9) die Verbundgesellschaft Paderborn/Höxter mbH,
  - (10) die Verkehrsgemeinschaft Westfalen Süd,
  - (11) die Verkehrsgemeinschaft Niederrhein,
- sowie die folgenden Eisenbahnverkehrsunternehmen:
  - (12) die DB Regio AG, Region NRW (im Folgenden „DB Regio“ genannt),  
stellvertretend auch für die
    - DB RegioNetz Verkehrs GmbH (DB Kurhessenbahn),
    - DB Regio AG, Region Südwest,
    - DB Regio AG, Region Niedersachsen/Bremen,
    - DB Regio AG, Regionalleitung Hessen,
  - (13) die trans regio Deutsche Regionalbahn GmbH,
  - (14) die Rurtalbahn GmbH,
  - (15) die national express Rail GmbH,
  - (16) die Westfalenbahn GmbH,
  - (17) die NordWestBahn GmbH
  - (18) die Arriva Personenvervoer Nederland B.V.
- sowie als Clearing-Stelle im Sinne des Kooperationsvertrags
  - (19) das Kompetenzcenter Marketing NRW bei der  
Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

– in ihrer Gesamtheit im Folgenden auch „Vertragspartner“ genannt –

den folgenden

# Vertrag zur Regelung der Aufteilung der NRW-Tarif-Einnahmen

## § 1 – Gegenstand und Grundsätze

- a) Die Einnahmen aus dem Verkauf des NRW-Tarifs stehen entsprechend § 12 Abs. 1 des Kooperationsvertrags den erlösverantwortlichen Kooperationspartnern, getrennt nach den Bestandteilen SPNV und ÖSPV, zu.
- b) Die vorliegenden Regelungen umfassen die Beschreibung der Zusammenhänge und Abläufe im Zusammenhang mit der Aufteilung der NRW-Tarif- und NRWplus-Tarif-Einnahmen und die damit verbundenen Formvorschriften, Fristen und Termine zur Meldung von Verkaufsdaten sowie zur Abrechnung und zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs.
- c) Grundlage der Aufteilungsverfahren sind die „Richtlinie zur Aufteilung der Einnahmen aus dem NRW-Tarif“ (kurz: Richtlinie NRW-Tarif; Anlage 1), die „Richtlinie zur Aufteilung der Einnahmen aus dem NRWplus-Tarif“ (kurz: Richtlinie NRWplus-Tarif; Anlage 2) sowie die in den Anlagen zu der vorliegenden Vereinbarung getroffenen Regelungen.
- d) Sofern die Vertragspartner dieser Regelung nicht auch Vertragspartner des „Kooperationsvertrags über den NRW-Tarif“ vom 27.01.2005 (kurz: Kooperationspartner) sind, stimmen sie diesem durch Unterzeichnung dieses Vertrags zu und verpflichten sich zu seiner Anerkennung.
- e) Mit der Unterzeichnung dieses ergänzten Einnahmenaufteilungsvertrags stimmen die Vertragspartner sowie die diesem Vertrag beigetretenen Unternehmen des Weiteren den anlässlich der Aufnahme von Regelungen zum NRW-eTarif vorgenommenen Änderungen im Kooperationsvertrag über den NRW-Tarif zu und verpflichten sich, den Kooperationsvertrag in der geänderten Fassung anzuerkennen.

## § 2 – Vertragspartner

### 2.1 SPNV

- a) Vertragspartner dieses Vertrags sind in Bezug auf den SPNV
  - die Aufgabenträger als Besteller der SPNV-Leistungen,
  - die auf Grundlage von Nettoverträgen tätigen Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU),
  - die auf Grundlage von Bruttoanreizverträgen im Sinne von § 2 Ziffer 2.1 lit. b) tätigen EVU,

sofern sie in der Präambel benannt oder dieser Regelung gemäß § 2 Ziffer 2.1 lit. c) beigetreten sind. Zu den EVU zählen die bundeseigenen und nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen).

- b) EVU mit Bruttoanreizverträgen werden nur dann Vertragspartner, sofern die bestehenden Anreizsysteme ein tatsächliches Einnahmeinteresse begründen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn eine Beteiligung der EVU an den erzielten Fahrgeldeinnahmen tatsächlich erfolgt, die entsprechenden Einnahmen im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen nicht vollkommen unbeachtlich ausfallen und diese EVU sinkende Fahrgeldeinnahmen ohne Ausgleich tragen müssen.
- c) Nicht in der Präambel benannte EVU, die zukünftig Verkehrsleistungen auf der Grundlage von Nettoverträgen oder von Bruttoanreizverträgen erbringen, treten diesem Vertrag durch Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung gemäß Anlage 3 bei und werden damit Vertragspartner. Die Aufgabenträger als Besteller von SPNV-Leistungen verpflichten diese EVU im Rahmen der vertraglichen Gestaltungen zum Abschluss der Beitrittsvereinbarung. Die beitretenden EVU und/oder der jeweilige vertragschließende Aufgabenträger weisen der Clearing-Stelle zudem nach, dass das jeweilige EVU die Voraussetzungen für die Vertragspartnerschaft erfüllt. Bei Bruttoanreizverträgen ist zudem nachzuweisen, dass gegenüber den beitretenden EVU keine vertraglichen Weisungsrechte im Zusammenhang mit allen abstimmungsrelevanten Sachverhalten dieses Vertrags bestehen. Zum Nachweis dienen insbesondere die zugrunde liegenden Verträge, Vertragsauszüge oder individualvertraglichen Vereinbarungen, die die EVU von eventuell bestehenden Weisungsrechten im Zusammenhang mit diesem Vertrag freistellen. Die Prüfung der Voraussetzungen für eine Vertragspartnerschaft erfolgt auf Veranlassung der Clearing-Stelle durch einen neutralen Dritten. Dieser neutrale Dritte berichtet der Clearing-Stelle darüber, ob die Voraussetzungen im jeweiligen Einzelfall erfüllt sind.
- d) Weitere für den SPNV verantwortliche Aufgabenträger aus NRW und den an NRW angrenzenden Regionen, die Bruttoverträge mit EVU geschlossen haben, die (auf Teilstrecken) den NRW-Tarif anwenden, können diesem Vertrag durch Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung gemäß Anlage 3 beitreten und damit Vertragspartner werden.
- e) Die Beitrittsvereinbarung schließt die Clearing-Stelle im Auftrag der Vertragspartner mit den beitretenden EVU oder Aufgabenträgern ab. Vor Abschluss prüft die Clearing-Stelle, ob das betreffende EVU oder der betreffende Aufgabenträger alle Voraussetzungen eines Vertragspartners erfüllt. In Zweifelsfällen führt die Clearing-Stelle einen Beschluss der Landesarbeitsgruppe Einnahmen und Abrechnung (LAG E/A) herbei.
- f) Die Clearing-Stelle verwahrt die Beitrittsvereinbarung und informiert die übrigen Vertragspartner über den Abschluss der Beitrittsvereinbarung.

## 2.2 ÖSPV

- a) Unter „Vertragspartnern“ in Bezug auf den ÖSPV im Sinne dieses Vertrags sind grundsätzlich die Verkehrsunternehmen, die ÖSPV-Leistungen in NRW erbringen (ÖSPV-VU) sowie die erlösverantwortlichen ÖSPV-Aufgabenträger, zu verstehen. Diese werden in diesem Vertrag durch die ÖSPV-Organisationen vertreten.

- b) Nicht in der Präambel benannte ÖSPV-Organisationen, die zukünftig als Vertreter der Verkehrsunternehmen und der erlösverantwortlichen Aufgabenträger des ÖSPV für ihren Zuständigkeitsbereich handeln sollen, können ebenfalls diesem Vertrag durch Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung gemäß Anlage 3 beitreten und damit Vertragspartner werden.
- c) Die Bestimmungen des § 2 Ziffer 2.1 lit. e) und f) dieses Vertrags gelten entsprechend.

## § 3 – Vertriebspartner

### 3.1 Grundsätze

- a) Unter „Vertriebspartnern“ sind alle Unternehmen und/oder Organisationen zu verstehen, die selbst Vertragspartner sind und den Vertrieb des NRW-Tarifs durchführen. Desweiteren sind Vertriebspartner alle Unternehmen und Organisationen, die
  - Kooperationspartner oder Mitglied einer ÖSPV-Organisation sind oder
  - von den Vertragspartnern zur Durchführung des Vertriebs des NRW-Tarifs beauftragt worden sind

und die eine Clearing-Vereinbarung gemäß § 3 Ziffer 3.2 lit. b) oder Ziffer 3.6 lit. b) (Anlage 4), § 3 Ziffer 3.4 lit. b) (Anlage 5), oder § 3 Ziffer 3.5 lit. b) (Anlage 6) dieses Vertrags unterzeichnet haben.

- b) Die Vertragspartner sind für die ordnungsgemäße und vollständige Meldung der Verkäufe und der daraus resultierenden Einnahmen verantwortlich. Die ÖSPV-Organisationen wirken darauf hin, dass ihre von ihnen vertretenen Mitglieder die Festlegungen aus diesem Vertrag einhalten. Eine Übertragung des Vertriebs an Dritte entbindet den Vertragspartner nicht von seinen Verpflichtungen aus diesem Vertrag.
- c) Sofern die Vertragspartner den Vertrieb an Dritte übertragen, stellen sie sicher, dass die von ihnen eingebundenen Vertriebspartner die Festlegungen aus diesem Vertrag einhalten. Die ÖSPV-Organisationen wirken darauf hin, dass ihre Mitglieder der Sicherstellungspflicht nach Satz 1 nachkommen, wenn sie den Vertrieb an Dritte übertragen.

### 3.2 RelationspreisTickets des NRW-Tarifs

- a) Unter „Vertriebspartnern von RelationspreisTickets“ sind alle Unternehmen zu verstehen, die RelationspreisTickets verkaufen.
- b) Unternehmen, die nicht Vertragspartner sind, dürfen am Vertrieb nur teilnehmen, soweit sie eine Clearing-Vereinbarung (Anlage 4) mit der Clearing-Stelle abschließen.
- c) Die Aufgabenträger als Besteller von SPNV-Leistungen verpflichten die EVU, die Verkehrsleistungen auf der Grundlage von Bruttoverträgen erbringen und den Vertrieb von RelationspreisTickets durchführen sollen, zum Abschluss einer Clearing-Vereinbarung (Anlage 4) mit der Clearing-Stelle.

### 3.3 PauschalpreisTickets des NRW-Tarifs

- a) Unter „Vertriebspartnern von PauschalpreisTickets“ sind alle Unternehmen zu verstehen, die PauschalpreisTickets verkaufen.
- b) Unternehmen, die nicht Vertragspartner sind, dürfen am Vertrieb nur teilnehmen, soweit sie eine Clearing-Vereinbarung (Anlage 4) mit der Clearing-Stelle abschließen.
- c) Die Aufgabenträger als Besteller von SPNV-Leistungen verpflichten die EVU, die Verkehrsleistungen auf der Grundlage von Bruttoverträgen erbringen und den Vertrieb von PauschalpreisTickets durchführen sollen, zum Abschluss einer Clearing-Vereinbarung (Anlage 4) mit der Clearing-Stelle.

### 3.4 SemesterTickets NRW

- a) Unter „Vertriebspartnern von SemesterTickets NRW“ sind die Unternehmen zu verstehen, welche die Vertragsabschlüsse zum regionalen SemesterTicket federführend betreuen. Der Vertrieb der SemesterTickets NRW erfolgt ausschließlich durch diese Unternehmen.
- b) Der Abschluss eines Vertrags zum SemesterTicket NRW ist nur zulässig, soweit der Vertriebspartner eine Clearing-Vereinbarung (Anlage 5) mit der Clearing-Stelle trifft.
- c) Der Abschluss eines Vertrags zum SemesterTicket NRW erfordert die Mitzeichnung der Clearing-Stelle. Die Clearing-Stelle ist verpflichtet, die Einhaltung der landesweit getroffenen Festlegungen zu prüfen. Die Clearing-Stelle kann die Mitzeichnung verweigern, wenn die landesweiten Vorgaben nicht eingehalten worden sind. Der Vertrag kommt in diesem Fall nicht zustande. Die Clearing-Stelle darf die Mitzeichnung nicht aus unbilligen Gründen verweigern.

### 3.5 TeilnehmerTickets NRW

- a) Unter „Vertriebspartnern von TeilnehmerTickets NRW“ sind die Unternehmen zu verstehen, welche die Vertragsabschlüsse zum TeilnehmerTicket NRW federführend betreuen. Der Vertrieb erfolgt ausschließlich durch diese Unternehmen.
- b) Der Abschluss eines Vertrags zum TeilnehmerTicket NRW ist nur zulässig, soweit der Vertriebspartner eine Clearing-Vereinbarung (Anlage 6) mit der Clearing-Stelle trifft.
- c) Der Abschluss eines Vertrags zum TeilnehmerTicket NRW erfordert die Mitzeichnung der Clearing-Stelle. Die Clearing-Stelle ist verpflichtet, die Einhaltung der landesweit getroffenen Festlegungen zu prüfen. Die Clearing-Stelle kann die Mitzeichnung verweigern, wenn die landesweiten Vorgaben nicht eingehalten worden sind. Der Vertrag kommt in diesem Fall nicht zustande. Die Clearing-Stelle darf die Mitzeichnung nicht aus unbilligen Gründen verweigern.



### 3.6 Tickets/Fahrtberechtigungen des NRW-eTarifs

- a) Unter „Vertriebspartnern von Tickets des NRW-eTarifs“ sind alle Unternehmen zu verstehen, die Tickets des NRW-eTarifs verkaufen.
- b) Unternehmen, die nicht Vertragspartner sind, dürfen am Vertrieb nur teilnehmen, soweit sie eine Clearing-Vereinbarung (Anlage 4) mit der Clearing-Stelle abschließen.
- c) Die Aufgabenträger als Besteller von SPNV-Leistungen verpflichten die EVU, die Verkehrsleistungen auf der Grundlage von Bruttoverträgen erbringen und den Vertrieb von Tickets des NRW-eTarifs durchführen sollen, zum Abschluss einer Clearing-Vereinbarung (Anlage 4) mit der Clearing-Stelle.

## § 4 – Abrechnungspartner

### 4.1 Grundsätze

Unter „Abrechnungspartnern“ sind alle Unternehmen und/oder Organisationen zu verstehen, die selbst Vertragspartner sind oder von den Vertragspartnern zur Entgegennahme von Abrechnungen im Zusammenhang mit dem NRW-Tarif beauftragt worden sind.

### 4.2 RelationspreisTickets des NRW-Tarifs

#### 4.2.1 SPNV

Die Clearing-Stelle fragt jährlich zum Fahrplanwechsel die SPNV-Abrechnungspartner für RelationspreisTickets bei den Vertragspartnern ab.

#### 4.2.2 ÖSPV

Die ÖSPV-Abrechnungspartner für RelationspreisTickets sind zunächst die ÖSPV Organisationen. Diese sind anschließend verantwortlich für die interne Abrechnung mit den dort zusammengeschlossenen Unternehmen des ÖSPV.

### 4.3 PauschalpreisTickets des NRW-Tarifs

#### 4.3.1 SPNV

Die Clearing-Stelle fragt jährlich zum Fahrplanwechsel die SPNV-Abrechnungspartner für PauschalpreisTickets bei den Vertragspartnern ab.

#### 4.3.2 ÖSPV

Die ÖSPV-Abrechnungspartner für PauschalpreisTickets sind zunächst die ÖSPV-Organisationen. Diese sind anschließend verantwortlich für die interne Abrechnung mit den dort zusammengeschlossenen Unternehmen des ÖSPV.

## 4.4 SemesterTickets NRW

### 4.4.1 SPNV

Die Clearing-Stelle fragt jährlich zum Fahrplanwechsel die SPNV-Abrechnungspartner für SemesterTickets NRW bei den Vertragspartnern ab.

### 4.4.2 ÖSPV

- a) Die ÖSPV-Abrechnungspartner für SemesterTickets NRW sind auf der ersten Stufe die ÖSPV-Organisationen. Diese sind darüber hinaus auf der zweiten Stufe verantwortlich für die interne Abrechnung mit den dort zusammengeschlossenen Unternehmen des ÖSPV.
- b) Hiervon abweichende Regelungen ergeben sich ggf. aus den bilateralen Clearing- Vereinbarungen gem. § 3 Ziffer 3.4 lit. b).

## 4.5 TeilnehmerTickets NRW

Die Abrechnungspartner für TeilnehmerTickets NRW sind auf der ersten Stufe die ÖSPV-Organisationen. Diese sind darüber hinaus auf der zweiten Stufe verantwortlich für die interne Abrechnung mit den dort zusammengeschlossenen Unternehmen des SPNV und ÖSPV.

## 4.6 Tickets/Fahrtberechtigungen des NRW-eTarifs

### 4.6.1 SPNV

Die Clearing-Stelle fragt jährlich zum Fahrplanwechsel die SPNV-Abrechnungspartner für Tickets des NRW-eTarifs bei den Vertragspartnern ab.

### 4.6.2 ÖSPV

Die ÖSPV-Abrechnungspartner für Tickets des NRW-eTarifs sind zunächst die ÖSPV Organisationen. Diese sind anschließend verantwortlich für die interne Abrechnung mit den dort zusammengeschlossenen Unternehmen des ÖSPV.

## § 5 – Clearing-Stelle

- a) Die Vertragspartner des Kooperationsvertrags über den NRW-Tarif haben die Aufgabe der statistischen Erfassung und Aufbereitung der Absatz- und Umsatzzahlen sowie die Aufteilung der Einnahmen aus dem NRW-Tarif einer neutralen „Clearing-Stelle“ übertragen. Die Aufgaben der Clearing-Stelle nimmt gemäß § 12 Abs. 2 und § 3 Abs. 1 des Kooperationsvertrags das Kompetenzzentrum Marketing NRW bei der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH wahr.

- b) Die Clearing-Stelle nimmt weitere zentrale Aufgaben für die Vertragspartner wahr. Dies sind neben den Aufgaben in der Landesarbeitsgruppe Einnahmen und Abrechnung (LAG E/A) gemäß § 6 insbesondere das Vertragscontrolling, der Abschluss von Beitrittsvereinbarungen nach § 2 Ziffer 2.1 lit. c) und Ziffer 2.2 lit. b) dieses Vertrags, die Abrechnung sowie die Zahlungsabwicklung und -überwachung im Zusammenhang mit überregionalen Angeboten und Verträgen.
- c) Die Clearing-Stelle nimmt die unter § 5 lit. a) und lit. b) genannten Aufgaben im Namen und im Auftrag der Vertragspartner wahr.

## **§ 6 – Landesarbeitsgruppe Einnahmen und Abrechnung (LAG E/A)**

### **6.1 Aufgaben der LAG E/A**

- a) Die in Zusammenhang mit der Aufteilung und Abrechnung der NRW-Tarif-Einnahmen stehenden Fragestellungen werden in der Landesarbeitsgruppe Einnahmen und Abrechnung (LAG E/A) behandelt.
- b) Die LAG E/A hat im Wesentlichen die folgenden Aufgaben:
  - Begleitung und Steuerung der Umsetzung dieses Vertrages und – bis zu deren Beendigung – der SPNV- und ÖSPV-EAV
  - Fortschreibung dieses Vertrags und – bis zu deren Beendigung – der SPNV- und ÖSPV-EAV
  - Erarbeitung von Verfahren, Analysen und Konzepten im Zusammenhang mit der Einnahmenaufteilung
- c) Die Arbeit der LAG E/A gliedert sich in drei Themenblöcke:
  - ÖSPV
  - übergreifende Themen
  - SPNV

Diese Themenblöcke, insbesondere deren Beschlussfassungen, betreffen unterschiedliche Mitgliederkreise.

### **6.2 Zusammensetzung und Mitwirkung in der LAG E/A**

- a) Die Vertragspartner benennen zur Mitwirkung in der LAG E/A jeweils ein ordentliches Mitglied.
- b) Die ÖSPV-Organisationen sind berechtigt, jeweils zusätzlich einen Vertreter der Unternehmensinteressen zu benennen. Die Vertreter der Unternehmensinteressen sind nicht stimmberechtigt.
- c) Es wird darüber hinaus für jedes ordentliche Mitglied ein persönlicher Vertreter benannt.

- d) An den Sitzungen nehmen die ordentlichen Mitglieder bzw. deren persönliche Vertreter und die Vertreter der Unternehmensinteressen teil. Stimmberechtigt sind nur die ordentlichen Mitglieder (oder, bei Verhinderung des ordentlichen Mitglieds, dessen persönlicher Vertreter).

### 6.3 Aufgaben der Clearing-Stelle

- a) Die Sitzungsleitung der LAG E/A obliegt der Clearing-Stelle. Die Clearing-Stelle stellt darüber hinaus ihre Fachkenntnisse, Mitarbeiter und Instrumente zur Verfügung und übernimmt die fachliche und koordinierende Bearbeitung der Aufgabenstellungen. Die Clearing-Stelle entsendet maßgebliche Fachleute zur Beratung und Durchführung des operativen Geschäfts sowie eine(n) Protokollführer(in). Die Clearing-Stelle ist nicht stimmberechtigt.
- b) Die Clearing-Stelle hat in der LAG E/A im Wesentlichen die folgenden weiteren Aufgaben:
- Festlegung der Beratungsthemen und -inhalte
  - Festlegung der Tagesordnung sowie von Ort und Termin der Sitzungen
  - thematische/fachliche Vorbereitung der einzelnen Tagesordnungspunkte sowie ggf. Erstellung von Vorlagen
  - Einladung der ordentlichen Mitglieder (nachrichtlich deren Stellvertreter) inklusive Versendung der Tagesordnung und ggf. Sitzungsvorlagen per E-Mail spätestens 10 Tage vor dem Sitzungstermin
  - Protokollführung. Abstimmung des Protokolls, Versendung des Protokolls per E-Mail (Protokolle erhalten alle ordentlichen Mitglieder und deren Vertreter)
  - Bearbeitung der definierten Aufgabenstellungen mit interner und externer Koordination
  - Abstimmung und Koordination übergreifender Themen mit dem Sitzungsleiter des Landesarbeitskreises (LAK) Nahverkehr NRW

### 6.4 Sitzungen

- a) Die Termine für die Sitzungen der LAG E/A sind frühzeitig festzulegen. Bei der Terminplanung sind die Sitzungstermine des LAK Nahverkehr NRW zu beachten.
- b) Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Die Arbeitsgruppe oder die Sitzungsleitung kann in Einzelfällen zeitlich befristet Gäste und Sachverständige hinzuziehen.
- c) Die Arbeitsgruppe kann aus ihrer Mitte zeitlich befristete Unterarbeitsgruppen bilden. Über die Ergebnisse der Unterarbeitsgruppen ist ausschließlich die LAG E/A zu informieren. Über die weitere Verwendung der Arbeitsergebnisse der Unterarbeitsgruppen entscheidet die LAG E/A.

## 6.5 Stimmberechtigung

Für die drei Themenblöcke nach § 6 Ziffer 6.1 lit. c) gelten unterschiedliche Stimmberechtigungen. Stimmberechtigt sind

- im Themenblock „ÖSPV“ die gemäß § 6 Ziffer 6.2 von den ÖSPV-Organisationen benannten ordentlichen Mitglieder bzw. deren Vertreter,
- im Themenblock „übergreifende Themen“ alle gemäß § 6 Ziffer 6.2 benannten ordentlichen Mitglieder bzw. deren Vertreter,
- im Themenblock „SPNV“ die gemäß § 6 Ziffer 6.2 von den Aufgabenträgern des SPNV und den Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) benannten ordentlichen Mitglieder bzw. deren Vertreter.

## 6.6 Beschlussfähigkeit

- a) Die LAG E/A ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder der Arbeitsgruppe mit einer Frist von 10 Tagen geladen und mindestens jeweils die Hälfte der nach § 6 Ziffer 6.5 stimmberechtigten Mitglieder für ÖSPV und SPNV sowie die Sitzungsleitung anwesend sind. Schriftliche Stimmübertragungen sind möglich und zählen mit zur Anwesenheit. Diese sind im Vorfeld der Sitzung, z. B. per E-Mail, bei der Clearing-Stelle anzuzeigen.
- b) Ist die LAG E/A nicht beschlussfähig, so kann frühestens nach weiteren 7 Tagen eine neue Sitzung mit der gleichen Tagesordnung einberufen werden. Die Arbeitsgruppe ist dann unabhängig von der Zahl der erschienenen ordentlichen Mitglieder bzw. deren Vertretern beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

## 6.7 Beschlussfassung

- a) Das Abstimmungsverfahren für Entscheidungen zur Fortschreibung und zur Einnahmenaufteilung ist gesondert in § 16 geregelt.
- b) Beschlüsse, die sich nicht unmittelbar auf § 16 auswirken, werden mit 2/3-Mehrheit vom entsprechenden Mitgliederkreis (ÖSPV/übergreifend/SPNV) gefasst. Die anwesenden ordentlichen Mitglieder bzw. deren persönliche Vertreter gemäß § 6 Ziffer 6.5 haben dabei jeweils eine Stimme; schriftliche Stimmübertragungen finden Berücksichtigung. Bei Beschlüssen zählen Stimmenthaltungen nicht zur Berechnung der 2/3-Mehrheit.
- c) An den Beschlüssen der LAG E/A dürfen EVU im Sinne des § 2 Ziffer 2.1 lit. a) nur für die Zeiträume entscheidend mitwirken, in denen für diese Vertragspartner eine Erlösverantwortung vormals bestand, gegenwärtig besteht oder zukünftig bestehen wird.

## § 7 – Datenbasis, technische Voraussetzungen

- a) Zum Zwecke der Schaffung einer Datenbasis für die Einnahmenaufteilung in Bezug auf den SPNV verpflichten sich die Aufgabenträger des SPNV, der Clearing-Stelle regelmäßig alle gebietsspezifischen Informationen zur Erlösverantwortung mit allen für die Durchführung der Einnahmenaufteilung erforderlichen Differenzierungen (Leistungsanteile und Zuordnung der Linien/Linienabschnitte auf die Vertragspartner) zur Verfügung zu stellen.
- b) Zum Zwecke der Schaffung einer Datenbasis für die Einnahmenaufteilung in Bezug auf den ÖSPV verpflichten sich die Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR sowie die Verbund-GmbH und Verkehrs- und Tarifgemeinschaften als Vertreter der Verkehrsunternehmen und der erlösverantwortlichen Aufgabenträger des ÖSPV (ÖSPV-Organisationen), der Clearing-Stelle regelmäßig alle Informationen zur Erlösverantwortung mit allen für die Durchführung der Einnahmenaufteilung erforderlichen Differenzierungen (Leistungsanteile und Zuordnung der Linien/Linienabschnitte auf die Vertragspartner) zur Verfügung zu stellen.
- c) Die Vertragspartner stellen sicher, dass die erforderlichen technischen (z. B. Fahrplan- und NRW-Tarif-Daten) und personellen Voraussetzungen zur Umsetzung der getroffenen Vereinbarung dauerhaft gegeben sind und die Clearing-Stelle dadurch in die Lage versetzt wird, die aus dieser Regelung resultierenden Aufgaben durchzuführen.

## § 8 – Umsatzsteuer

Die Versteuerung der Einnahmen und Erlöse ist nicht Gegenstand der Einnahmenaufteilung. Die Aufteilung der Einnahmen erfolgt brutto, also inklusive der Umsatzsteuer.

## § 9 – Einnahmen- und Verkaufsmeldung, Vertriebsdatenmeldung, Erlösmeldung

### 9.1 Grundsätze

- a) Meldepflichtige Einnahmen und Verkäufe im Sinne dieses Vertrags sind alle Fahrgeldeinnahmen und Verkäufe aus den nach dem NRW-Tarif und NRWplus-Tarif ausgegebenen Fahrausweisen.
- b) Einnahmen- und Verkaufsmeldungen sowie Vertriebsdatenmeldungen erfolgen grundsätzlich kalendermonatlich für den vorausgegangenen Monat an die Clearing-Stelle.
- c) Die Einnahmen werden brutto (inklusive der Umsatzsteuer) gemeldet.

## 9.2 RelationspreisTickets des NRW-Tarifs

- a) Die Vertriebspartner melden die Verkaufsdaten der RelationspreisTickets für den jeweiligen Abrechnungsmonat nach den Vorgaben der „Schnittstellenbeschreibung zum Austausch von Abrechnungsdaten“ (Anlage 7) bis zum Ende des Folgemonats.
- b) Unterhalb einer Bagatellgrenze von 2.500 € ist eine monatliche Einnahmen- und Verkaufsmeldung nicht erforderlich. Eine Einnahmen- und Verkaufsmeldung erfolgt erst dann, wenn die Summe der monatlichen Einnahmen die Bagatellgrenze von 2.500 € überschreitet, spätestens jedoch zum Ende eines jeden Quartals.
- c) Zum Abschluss der Abrechnungsperiode (Kalenderjahr) legen die Vertriebspartner der Clearing-Stelle bis Ende Juli des Folgejahres eine schriftliche Bestätigung des gemeldeten Jahreswertes in Form eines Testates/einer Bestätigung eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters vor.

## 9.3 PauschalpreisTickets des NRW-Tarifs

- a) Die Vertriebspartner melden die Verkaufsdaten der PauschalpreisTickets für den jeweiligen Abrechnungsmonat nach den Vorgaben der „Schnittstellenbeschreibung zum Austausch von Abrechnungsdaten“ (Anlage 7) bis zum Ende des Folgemonats.
- b) Unterhalb einer Bagatellgrenze von 2.500 € ist eine monatliche Einnahmen- und Verkaufsmeldung nicht erforderlich. Eine Einnahmen- und Verkaufsmeldung erfolgt erst dann, wenn die Summe der monatlichen Einnahmen die Bagatellgrenze von 2.500 € überschreitet, spätestens jedoch zum Ende eines jeden Quartals.
- c) Zum Abschluss der Abrechnungsperiode (Kalenderjahr) legen die Vertriebspartner der Clearing-Stelle bis Ende Juli des Folgejahres eine schriftliche Bestätigung des gemeldeten Jahreswertes in Form eines Testates/einer Bestätigung eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters vor.

## 9.4 SemesterTickets NRW

Das spezielle Verfahren zur Einnahmen- und Verkaufsmeldung für das SemesterTicket NRW ist in der Anlage 8 geregelt.

## 9.5 TeilnehmerTickets NRW

Das spezielle Verfahren zur Einnahmen- und Verkaufsmeldung für das TeilnehmerTicket NRW ist in der Anlage 10 geregelt.

## 9.6 Sonderangebote

Verfahren zur Einnahmen- und Verkaufsmeldung für zeitlich befristete NRW-Tarif-Angebote (Sonderangebote) werden nach Abstimmung und Beschlussfassung in der LAG E/A einzelvertraglich geregelt.

## 9.7 Tickets/Fahrtberechtigungen des NRW-eTarifs

- a) Die Vertriebspartner melden die Verkaufsdaten (Einnahmen) der Tickets des NRW-e-Tarifs für den jeweiligen Abrechnungsmonat nach den Vorgaben der „Schnittstellenbeschreibung zum Austausch von Abrechnungsdaten“ (Anlage 7) und die Vertriebsdaten für den jeweiligen Abrechnungsmonat nach den Vorgaben der „Schnittstellenbeschreibung eTarife in NRW, Vertriebsdatenmeldung“ (Anlage 15) bis zum Ende des Folge-monats.
- b) Unterhalb einer Bagatellgrenze von 2.500 € ist eine monatliche Einnahmen- und Verkaufsmeldung sowie eine Vertriebsdatenmeldung nicht erforderlich. Eine Einnahmen- und Verkaufsmeldung sowie eine Vertriebsdatenmeldung erfolgt erst dann, wenn die Summe der monatlichen Einnahmen die Bagatellgrenze von 2.500 € überschreitet, spätestens jedoch zum Ende eines jeden Quartals.
- c) Zum Abschluss der Abrechnungsperiode (Kalenderjahr) legen die Vertriebspartner der Clearing-Stelle bis Ende Juli des Folgejahres eine schriftliche Bestätigung des gemeldeten Jahreswertes in Form eines Testates/einer Bestätigung eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters vor.

# § 10 – Abrechnung

## 10.1 RelationspreisTickets des NRW-Tarifs

- a) Die speziellen Abläufe im Zusammenhang mit den Abrechnungen der Relationspreis-Tickets sind in der Anlage 14 beschrieben.
- b) Die Jahresabrechnungen der Clearing-Stelle erfolgen bis Ende August des Folgejahres, frühestens jedoch einen Monat nach vollständigem Vorliegen aller erforderlichen Einnahmen- und Verkaufsmeldungen, der zur Aufteilung weitergeleiteten Fahrgeldeinnahmen sowie der entsprechenden Testate und Bestätigungen.

## 10.2 PauschalpreisTickets des NRW-Tarifs

- a) Die speziellen Abläufe im Zusammenhang mit den Abrechnungen der Pauschalpreis-Tickets sind in der Anlage 14 beschrieben.



- b) Die Jahresabrechnungen der Clearing-Stelle erfolgen bis Ende August des Folgejahres, frühestens jedoch einen Monat nach vollständigem Vorliegen aller erforderlichen Einnahmen- und Verkaufsmeldungen, der zur Aufteilung weitergeleiteten Fahrgeldeinnahmen sowie der entsprechenden Testate und Bestätigungen.

### 10.3 SemesterTickets NRW

- a) Die speziellen Abläufe im Zusammenhang mit den Abrechnungen der SemesterTickets NRW sind in der Anlage 8 beschrieben.
- b) Die Abrechnungen der Clearing-Stelle erfolgen frühestens einen Monat und spätestens drei Monate nach vollständigem Vorliegen aller erforderlichen Einnahmen- und Verkaufsmeldungen bzw. Spitzabrechnungen, der zur Aufteilung weitergeleiteten Fahrgeldeinnahmen sowie der entsprechenden Bestätigungen der Hochschulverwaltungen.

### 10.4 TeilnehmerTickets NRW

- a) Die speziellen Abläufe im Zusammenhang mit den Abrechnungen der TeilnehmerTickets NRW sind in der Anlage 9 beschrieben.
- b) Die Jahresabrechnungen der Clearing-Stelle erfolgen frühestens einen Monat und spätestens drei Monate nach vollständigem Vorliegen aller erforderlichen Einnahmen- und Verkaufsmeldungen und der zur Aufteilung weitergeleiteten Fahrgeldeinnahmen.

### 10.5 Sonderangebote

Die speziellen Abläufe im Zusammenhang mit der Abrechnung von zeitlich befristeten Tarifangeboten (Sonderangeboten) werden nach Abstimmung und Beschlussfassung in der LAG E/A einzelvertraglich geregelt.

### 10.6 Tickets/Fahrtberechtigungen des NRW-eTarifs

- a) Die speziellen Abläufe im Zusammenhang mit den Abrechnungen der Tickets des NRW-eTarifs sind in der Anlage 14 beschrieben.
- b) Die Jahresabrechnungen der Clearing-Stelle erfolgen bis Ende August des Folgejahres, frühestens jedoch einen Monat nach vollständigem Vorliegen aller erforderlichen Einnahmen- und Verkaufsmeldungen sowie Vertriebsdatenmeldungen, der zur Aufteilung weitergeleiteten Fahrgeldeinnahmen sowie der entsprechenden Testate und Bestätigungen.

### 10.7 Treuhänderische Verwaltung der Einnahmen

Die zum Zwecke der Abrechnung überlassenen Einnahmen werden von der Clearing-Stelle treuhänderisch verwaltet.

## 10.8 Widersprüche gegen die Abrechnung

Widersprüche durch die Vertragspartner gegen die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Abrechnungen der Clearing-Stelle sind bis zum letzten Tag des auf die Abrechnung folgenden Monats möglich. Über die Widersprüche befindet die Clearing-Stelle. Stellt sich der Widerspruch als begründet heraus, so korrigiert die Clearing-Stelle die Abrechnung. Etwaige Differenzen zwischen Ausgleichsbeträgen nach der ursprünglichen und der korrigierten Abrechnung werden mit Ausgleichsbeträgen der folgenden Abrechnungsperiode verrechnet. Erfolgt hierbei keine Einigung, wird von den Vertragspartnern gemäß § 14 dieses Vertrags die Schiedskommission einberufen.

## § 11 – Abwicklung des Zahlungsverkehrs

- a) Zahlungsausgleiche für Abrechnungstitel, bei welchen die Clearing-Stelle als zentraler Treuhänder fungiert, werden über ein gesondertes Verrechnungskonto abgewickelt. Als gesondertes Verrechnungskonto gilt derzeit ausschließlich:

SparkasseKölnBonn  
Konto 4 422 036  
Bankleitzahl 370 501 98  
IBAN DE 50 3705 0198 0004 4220 36  
BIC COLSDE33XXX

- b) Im Übrigen ermittelt die Clearing-Stelle, ob und in welcher Höhe Zahlungen zwischen den Abrechnungspartnern zu leisten sind. Die Zahlungen sind innerhalb eines Monats nach Zugang der Abrechnung an den/die benannten Empfänger zu leisten.
- c) Ergeben sich aus den treuhänderisch verwalteten Einnahmen Zinserträge, fügt die Clearing-Stelle diese zweckgebunden ihrem Haushalt im Bereich Einnahmenaufteilung hinzu.

## § 12 – Zahlungsverzug

Im Fall eines Zahlungsverzugs wird der noch ausstehende Betrag vom Fälligkeitstag an mit 3 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank verzinst.

## § 13 – Vertragsstrafen

- a) Geht eine Einnahmen- und Verkaufsmeldung oder eine Vertriebsdatenmeldung eines Vertriebspartners nicht rechtzeitig bei der Clearing-Stelle ein oder entspricht die Einnahmen- und Verkaufsmeldung oder die Vertriebsdatenmeldung im Übrigen nicht den Vorgaben des § 9 dieses Vertrags, wird für jeden Fall eines Versäumnisses eine Vertragsstrafe fällig, und zwar in Höhe von 0,5 Prozent des zu meldenden Betrags (je Tag, den das Versäumnis anhält), in der Gesamtsumme jedoch mindestens 50 € und, sofern der Betrag 50 € übersteigt, höchstens bis zu 5 Prozent des zu meldenden Betrags, wobei eine betragsmäßige Obergrenze von 20.000 € nicht überschritten werden darf. Eine nicht rechtzeitige Einnahmen- und Verkaufsmeldung oder eine nicht rechtzeitige Vertriebsdatenmeldung liegt grundsätzlich vor, wenn diese nicht entsprechend § 9 Ziffer 9.1 lit b) kalendermonatlich für den vorausgegangenen Monat an die Clearing-Stelle gemeldet wurde, die Clearing-Stelle dies schriftlich gegenüber dem Vertriebspartner angemahnt hat und der Vertriebspartner trotz einmaliger Mahnung die Einnahmen- und Verkaufsmeldung oder die Vertriebsdatenmeldung nicht innerhalb von 5 Werktagen nach Erhalt der Mahnung nachgeholt hat.
- b) Geht ein Testat eines Vertriebspartners nicht rechtzeitig bei der Clearing-Stelle ein, wird eine Vertragsstrafe fällig, und zwar in Höhe von 0,5 Prozent des zu testierenden Betrags je Tag, den das Versäumnis anhält, in der Gesamtsumme jedoch mindestens 50 € und, sofern der Betrag 50 € übersteigt, höchstens bis zu 10 Prozent des zu testierenden Betrags, wobei eine betragsmäßige Obergrenze von 40.000 € nicht überschritten werden darf. Ein nicht rechtzeitig eingereichtes Testat liegt grundsätzlich vor, wenn dieses nicht fristgerecht bei der Clearing-Stelle eingeht, die Clearing-Stelle dies schriftlich gegenüber dem Vertriebspartner angemahnt hat und der Vertriebspartner trotz einmaliger Mahnung das Testat nicht innerhalb von 5 Werktagen nach Erhalt der Mahnung nachgereicht hat.
- c) Geht eine Einnahmen- und Verkaufsmeldung, eine Vertriebsdatenmeldung oder ein Testat wiederholt nicht rechtzeitig oder wesentlich verspätet bei der Clearing-Stelle ein oder entspricht die Einnahmen- und Verkaufsmeldung oder die Vertriebsdatenmeldung im Übrigen wiederholt nicht den Vorgaben des § 9 dieses Vertrags, so wird durch eine Schiedskommission auf Antrag der LAG E/A eine zusätzliche Vertragsstrafe von bis zu 10 Prozent des zu meldenden Betrags festgesetzt, wobei eine betragsmäßige Obergrenze von 40.000 € nicht überschritten werden darf. Eine wesentliche Verspätung liegt vor, wenn die Einnahmen- und Verkaufsmeldung oder die Vertriebsdatenmeldung nicht 2 Wochen nach Ende des Folgemonats an die Clearing-Stelle gemeldet wurde oder wenn das Testat einen Monat nach Ablauf der Frist nicht bei der Clearing-Stelle vorliegt.
- d) Die Clearing-Stelle stellt über die Vertragsstrafe eine Rechnung aus. Den Betrag der Vertragsstrafe fügt sie zweckgebunden ihrem Haushalt im Bereich Einnahmenaufteilung hinzu.
- e) Diese Vertragsstrafenklausel wird zum 01.01.2020 überprüft.

## § 14 – Schiedskommission

- a) Für die streitigen Fälle der § 10 Ziffer 10.7 (Widersprüche gegen die Abrechnung) und § 13 lit. b) (Vertragsstrafen) richten die Vertragspartner eine Schiedskommission ein.
- b) In die Schiedskommission werden zwei Vertreter der SPNV-Aufgabenträger, ein Vertreter desjenigen EVU mit dem höchsten Zugkilometervolumen in Nettoverträgen in NRW und ein weiterer Vertreter der EVU sowie zwei Vertreter aus dem Kreis der ÖSPV-Organisationen entsandt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter zu benennen. Die Vertreter werden für jeweils zwei Jahre als feste Besetzung der Schiedskommission entsandt. Die Aufgabenträger, die EVU sowie die ÖSPV-Organisationen benennen ihre Vertreter jeweils aus ihrem Kreis nach einem von ihnen zu bestimmenden Verfahren.
- c) Die Schiedskommission bestimmt vor ihrem ersten Zusammentreten mit 3/4-Mehrheit ihrer Mitglieder einen Vorsitzenden der Schiedskommission.
- d) In den streitigen Fällen des § 10 Ziffer 10.7 (Widersprüche gegen die Abrechnung) sowie des § 13 lit. b) (Vertragsstrafen) sollen die betroffenen Vertrags- oder Vertriebspartner angehört werden. Ist ein in der Schiedskommission vertretener Vertragspartner selbst, einer seiner Kooperationspartner oder eines seiner Mitglieder oder ein Unternehmen, das aufgrund eines Vertrags mit ihm Vertriebsleistungen erbringt, Gegenstand einer solchen Entscheidung, so hat der Vertreter des Vertragspartners das Recht, an der Sitzung der Schiedskommission teilzunehmen. Die nach Satz 1 und 2 betroffenen Vertrags- und Vertriebspartner sind jedoch von den Beratungen über die Entscheidung und dem Beschluss über die Entscheidung der Schiedskommission ausgeschlossen.
- e) Die Schiedskommission ist beschlussfähig, wenn mindestens vier Vertreter anwesend sind. Sie entscheidet in den streitigen Fällen des § 10 Ziffer 10.7 (Widersprüche gegen die Abrechnung) und des § 13 lit. b) (Vertragsstrafen) mit 3/4-Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Die Schiedskommission entscheidet nach billigem Ermessen.
- f) Der Schiedsspruch ist für die betroffenen Vertragspartner verbindlich.

## § 15 – Grundsätze der Regelfortschreibung der Richtlinie(n)

- a) Die Fortschreibung der Verfahrensrichtlinie(n) erfolgt unter anderem anhand der Auswertung/Analyse von vorhandenen Verkehrserhebungen.
- b) Erhebungen, die der Fortschreibung dienen, müssen mindestens folgende Kriterien erfüllen:
  - Die Erhebungen dürfen maximal 5 Jahre alt sein.
  - Es sind die Erhebungen aus allen drei Regionen (Rhein-Ruhr, Rheinland, Westfalen-Lippe) zu berücksichtigen.
  - Die Erhebungen müssen den Kriterien gemäß Anlage 11 genügen.

- c) Die Vertragspartner führen ihre Erhebungen so durch, dass sie den Kriterien der Anlage 11 genügen und stellen der Clearing-Stelle ihre Erhebungen in dem in Anlage 11 beschriebenen Schnittstellenformat zur Verfügung.
- d) Eine Überprüfung und ggf. Aktualisierung der Parameter des Routensplits erfolgt im Jahr 2020.
- e) Eine Überprüfung und ggf. Aktualisierung der kooperationsraumspezifischen Verhältnisswerte erfolgt im Jahr 2020.

## **§ 16 – Fortschreibung, Entscheidung über Einnahmenaufteilung, Abstimmungsverfahren**

- a) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags sowie Beschlüsse über die endgültige Einnahmenaufteilung für einen bestimmten Zeitraum bedürfen – abweichend von § 6 Ziffer 6.7 – der Zustimmung aller Vertragspartner.
- b) Sofern neue Tarife oder Tarifmaßnahmen eingeführt werden, sind die Vertragspartner verpflichtet, zugleich ggf. erforderliche Anpassungen oder Änderungen zu beschließen. Die Clearing-Stelle wird ggf. erforderliche Änderungen, Anpassungen oder Ergänzungen dieser Regelung und ihrer Anlagen empfehlen.
- c) Vorschläge zur Fortschreibung dieses Vertrags sowie zur Einnahmenaufteilung werden in den Sitzungen der LAG E/A ausgearbeitet. Die LAG E/A entscheidet, ob den Vertragspartnern ein konkreter Änderungs- oder Ergänzungsvorschlag unterbreitet wird.
- d) Beratungen über Änderungen oder Ergänzungen des Vertrags sowie zur Einnahmenaufteilung sind in der Tagesordnung der LAG E/A anzukündigen. Die Clearing-Stelle fertigt ggf. Sitzungsvorlagen an. Diese Unterlagen werden den Teilnehmern spätestens 10 Tage vor dem Sitzungstermin per E-Mail-Versand zur Verfügung gestellt.
- e) Die Entscheidungen der LAG E/A werden in einem Sitzungsprotokoll festgehalten. Dem Sitzungsprotokoll wird eine Beschlussvorlage mit den Vorschlägen zur Änderung oder Ergänzung dieses Vertrags oder zur Einnahmenaufteilung grundsätzlich in Form sogenannter Ergänzungsblätter beigelegt. Die Vertragspartner werden aufgefordert, durch Unterzeichnung des Ergänzungsblatts ihre Zustimmung zu dokumentieren. Auf dem Ergänzungsblatt ist eine Unterschriftenzeile für die Zustimmungserklärung vorzusehen.
- f) Der Beschluss über Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags oder zur Einnahmenaufteilung wird wirksam, wenn die Zustimmungserklärungen aller Vertragspartner bei der Clearing-Stelle vorliegen.
- g) Das Ergänzungsblatt mit der rechtsverbindlich unterzeichneten Zustimmungserklärung ist grundsätzlich in der nächsten Sitzung der LAG E/A der Clearing-Stelle auszuhändigen oder ihr im Vorfeld zuzuleiten. Sollten Mitglieder die Beibringung des rechtsverbindlich unterzeichneten Ergänzungsblatts zur Sitzung versäumt haben, kann dieses nachgereicht werden.

- h) Die Clearing-Stelle dokumentiert den Eingang der rechtsverbindlich unterzeichneten Ergänzungsblätter. Sie leitet den Vertragspartnern eine Mitteilung über das Vorliegen aller Erklärungen zu. In der Mitteilung ist der für die Wirksamkeit der Änderung oder Ergänzung maßgebliche Zeitpunkt des Eingangs des letzten rechtsverbindlich unterzeichneten Ergänzungsblatts anzugeben. Der Mitteilung ist eine Textfassung des geänderten Vertrags bzw. des Ergänzungsblatts beizufügen.
- i) Stimmberechtigt für die Beschlüsse über die Fortschreibung dieses Vertrags sind die Vertragspartner. Ausgenommen von der Stimmberechtigung sind EVU, die weder zum Zeitpunkt des Beschlusses noch in der Folgezeit Verkehrsleistungen erbringen.
- j) Stimmberechtigt für die Beschlüsse über die Einnahmenaufteilung sind die Vertragspartner. Dies gilt auch für zwischenzeitlich ausgeschiedene Vertragspartner, soweit deren Rechte und Pflichten gemäß § 13 lit. f) SPNV-EAV fortgelten. Ausgenommen von der Stimmberechtigung sind EVU, die in dem entsprechenden Zeitraum keine Verkehrsleistungen nach dem NRW-Tarif erbracht haben.

## § 17 – Vertraulichkeit

- a) Die Vertragspartner, deren Beauftragte nach § 3 Ziffer 3.1 lit. c) und die Abrechnungspartner nach § 4 haben alle Informationen, insbesondere datenbezogene Informationen, die sie im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses erhalten, vertraulich zu behandeln und nicht offenzulegen oder Dritten zugänglich zu machen, es sei denn, der betroffene Vertragspartner hat dies zuvor schriftlich genehmigt. Beauftragte Vertriebspartner sind über die Clearing-Vereinbarung bzw. Abrechnungspartner durch Vertraulichkeitserklärungen gegenüber der Clearing-Stelle entsprechend zu verpflichten. Als Dritte sind auch andere Vertragspartner und deren Beauftragte anzusehen.
- b) Scheidet ein Vertragspartner aus diesem Vertrag bzw. ein beauftragter Vertriebspartner aus der Clearing-Vereinbarung aus, gilt § 17 lit. a) auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses für den ausgeschiedenen Vertragspartner fort. Abrechnungspartner sind in der Vertraulichkeitserklärung entsprechend zu verpflichten. Datenbezogene Informationen sind nach Ablauf von 6 Jahren, gerechnet ab dem Tag der Beendigung des Vertragsverhältnisses, zu vernichten. Der ausgeschiedene Vertrags-, Vertriebs- oder Abrechnungspartner hat die Vernichtung unverzüglich bei der Clearing-Stelle oder ggf. einem Dritten, der deren Aufgaben übernommen hat, anzuzeigen.
- c) Für die Clearing-Stelle gelten besondere Anforderungen an die Gewährleistung der Vertraulichkeit, die in einer Vertraulichkeitsvereinbarung (Anlage 10) festgelegt sind. Die Vertragspartner haben das Recht, die Übertragung der Aufgaben auf einen Dritten zu verlangen, wenn der Clearing-Stelle schwerwiegende Verstöße gegen die Vertraulichkeit nachgewiesen werden können.

- d) Sollte die VRS GmbH als Kompetenzcenter Marketing NRW (KCM) aus diesem Vertragsverhältnis ausscheiden oder die Tätigkeit als Clearing-Stelle beenden, gelten § 17 lit. a) und lit. c) für das KCM fort. Im Falle der Beendigung der Tätigkeit des KCM als Clearing-Stelle werden die Vertragspartner bei Bedarf eine Regelung über die Übertragung der Daten auf eine andere Einrichtung treffen. Daten, die bei der VRS GmbH bzw. beim KCM verbleiben, sind nach 6 Jahren, gerechnet ab dem Tag des Ausscheidens aus dem Vertragsverhältnis, zu vernichten. Die VRS GmbH bzw. das KCM hat die Vernichtung unverzüglich bei den davon betroffenen Vertragspartnern anzuzeigen und nachzuweisen.
- e) Die Vertragspartner verpflichten sich, die vertraulichen Informationen ausschließlich zum Zwecke der Durchführung dieser Regelung zu verwenden.

## § 18 – Laufzeit, Kündigung, Widerruf und Anpassung

- a) Dieser Vertrag tritt rückwirkend zum 13.12.2015 in Kraft.
- b) Dieser Vertrag läuft auf unbestimmte Zeit und endet für jeden Vertragspartner, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf, mit Wirkung der Kündigung des Kooperationsvertrags.
- c) Die Vertragspartner können ihre Beteiligung an der Regelung kündigen, wenn sie keine Verkehrsleistungen in NRW mehr erbringen und nicht mehr am Vertrieb des NRW-Tarifs teilnehmen.
- d) Ändern sich wesentliche wirtschaftliche oder rechtliche Grundlagen dieses Vertrags schwerwiegend und hätten die Vertragspartner diesen Vertrag nicht oder mit anderem Inhalt geschlossen oder wären ihm mit diesem Inhalt nicht beigetreten, wenn sie diese Veränderung vorausgesehen hätten, so kann jeder Vertragspartner die Anpassung des Vertrags verlangen, soweit ihm unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere der vertraglichen oder gesetzlichen Risikoverteilung, das Festhalten an der unveränderten Regelung nicht zugemutet werden kann. Ist eine Anpassung nicht möglich oder einem Vertragspartner nicht zumutbar, so kann der benachteiligte Vertragspartner diese Regelung kündigen oder seinen Beitritt widerrufen.
- e) § 18 lit. d) gilt entsprechend bei Änderung der Grundlagen der Einnahmenaufteilung, sofern der benachteiligte Vertragspartner dem jeweiligen Vertrag nicht unabhängig von der Unterzeichnung dieser Regelung durch Unterzeichnung des jeweiligen Vertrags oder auf sonstige Weise zugestimmt hat.
- f) Scheidet ein Vertragspartner (z. B. durch Kündigung) aus diesem Vertrag aus, gelten für den betreffenden Vertragspartner bzgl. der Ausgleichszahlungen die Rechte und Pflichten aus dieser Regelung bis zur endgültigen Abrechnung des Zeitraums, in dem er Verkehrsleistungen nach dem NRW-Tarif erbracht hat, fort.
- g) Die Clearing-Stelle verwahrt das Kündigungsschreiben und informiert die übrigen Vertragspartner über die Kündigung.

## § 19 – Fortgeltung der SPNV-EAV und der ÖSPV-EAV

- a) Die das Melde- und Abrechnungsverfahren, die Einnahmenaufteilung und die Fortschreibung betreffenden Regelungen der SPNV-EAV Version 2.1 vom 17.11.2009 nebst den dazugehörigen Anlagen sowie der ÖSPV-EAV Version 1.1 vom 02.03.2006 nebst den dazugehörigen Anlagen gelten bis zum Abschluss der Abrechnung für die Zeiträume vor Inkrafttreten dieses Vertrags fort.
- b) Ferner gelten die vor Inkrafttreten dieses Vertrags mit Zustimmung aller Vertragspartner beschlossenen Ergänzungsblätter zur SPNV-EAV Version 2.1 vom 17.11.2009 (Anlage 12) fort.
- c) Erlösverantwortliche Vertragspartner der SPNV-EAV Version 2.1 vom 17.11.2009 und der ÖSPV-EAV Version 1.1 vom 02.03.2006, die nicht auch Vertragspartner dieses Vertrags sind, müssen bei der Abstimmung über die Einnahmenaufteilung für Zeiträume vor Inkrafttreten dieses Vertrags eingebunden werden.
- d) Die Regelungen über die Vertraulichkeit gelten uneingeschränkt fort.
- e) Im Übrigen treten der ÖSPV-EAV und der SPNV-EAV außer Kraft.

## § 20 – Konzernübertragungsklausel/ Rechtsnachfolgeklausel

- a) Die Vertragspartner sind berechtigt, ihre Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf die mit ihnen verbunden Unternehmen im Sinne des § 15 AktG zu übertragen, ohne dass es der Zustimmung der übrigen Vertragspartner bedarf.
- b) Veränderungen in diesem Zusammenhang sind der Clearing-Stelle frühzeitig, jedoch mindestens 4 Wochen vor Wirksamwerden schriftlich anzuzeigen. Die Clearing-Stelle informiert die übrigen Vertragspartner daraufhin umgehend.

## § 21 – Finanzierung

- a) Das Kompetenzzentrum Marketing NRW wird derzeit vom Land NRW finanziell gefördert, soweit die Notwendigkeit der Kosten nachgewiesen wird. Die zu finanzierenden Maßnahmen werden vor der Umsetzung einvernehmlich abgestimmt und die anfallenden Kosten anschließend über entsprechende Verwendungsnachweise belegt.
- b) Für den Fall, dass sich die Finanzierungsgrundlage verändert, verpflichten sich die Vertragspartner, eine einvernehmliche Vereinbarung zur Kostendeckung zu treffen.



## **§ 22 – Wirksamkeitsklausel**

- a) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, oder sollte dieser Vertrag Lücken enthalten, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrags hierdurch nicht berührt.
- b) Anstelle der unwirksamen Bestimmungen gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmungen am nächsten kommt. Im Falle von Lücken gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck des Vertrags vernünftigerweise vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vorneherein bedacht.

## **§ 23 – Schlussbestimmungen**

Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem oder über diesen Vertrag ist Köln.

# Anlagenverzeichnis

Richtlinie NRW-Tarif .....	Anlage 01
Richtlinie NRWplus-Tarif .....	Anlage 02
Beitrittsvereinbarung (Mustertext) .....	Anlage 03
Clearing-Vereinbarung NRW-Tarif, NRW-eTarif, NRWplus-Tarif .....	Anlage 04
Clearing-Vereinbarung SemesterTicket NRW .....	Anlage 05
Clearing-Vereinbarung TeilnehmerTicket NRW .....	Anlage 06
Schnittstellenbeschreibung zum Austausch von Abrechnungsdaten .....	Anlage 07
Verfahrensbeschreibung SemesterTicket NRW .....	Anlage 08
Verfahrensbeschreibung TeilnehmerTicket NRW .....	Anlage 09
Vertraulichkeitsvereinbarung .....	Anlage 10
Vorgaben für zukünftige Erhebungen .....	Anlage 11
Fortgeltende Ergänzungsblätter .....	Anlage 12
Ergänzungsblätter .....	Anlage 13
Zahlungsplan, Abschlagszahlungen und Abrechnungen .....	Anlage 14
Schnittstellenbeschreibung eTarife in NRW, Vertriebsdatenmeldung .....	Anlage 15